

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Finanzausschuss		
Sitzungsort Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm		
Datum 14.01.2015	Beginn 17:02 Uhr	Ende 19:57 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke Dr.
Philipp, Gerd E.

Vertretung für Herrn Hans-Werner
Kick

Tempel, Gabriele
Kampschulte, Matthias
Lenz, Heinz-Jürgen
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Schwunk, Michael
Gießwein, Brigitta
Burbulla, Johanna

bis 19:05 Uhr TOP A 5.2

Vertretung für Herrn Wulf
Huppelsberg

Pfeffer, Jörg
Kranz, Jürgen

Vorsitzender

Kirschner, Thorsten

stellv. Vorsitzender

Flüshöh, Oliver
Gießwein, Marcel

bis 17:47 Uhr TOP A 5.2

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Klos, Karlheinz
Lache, Wolfhard
Mollenkott, Marion

Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Sormund, Frank
Stobbe, Jochen
Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Bach, Cornelia

Abwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner
Lubitz, Eleonore
Huppelsberg, Wulf

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Kenntnisnahme der Niederschriften der Sitzungen vom 6.11.2014 und 13.11.2014
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 5.1 Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan "Historische Brauerei"
- 5.2 Gemeinsames Schreiben der Fraktionen CDU, DIE BÜRGER, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP, SWG / BÜRGER FÜR SCHWELM vom 18.12.2015 zu den Haushaltsberatungen 2015 017/2015
- 6 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofes (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW) 263/2014
- 7 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zahlung von Personalaufwendungen 001/2015
- 8 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zahlung von Personalaufwendungen - Begründung 001/2015/1
- 9 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zahlung von Beihilfen 004/2015
- 10 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)
- 10.1 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung) 019/2015
- 11 Haushaltssanierungsplan
- 11.1 5. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2015 016/2015
- 11.2 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung, des

Sanierungsplanentwurfs mit Fortschreibung des
Personalwirtschaftskonzeptes und des
Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das
Haushaltsjahr 2015 einschließlich Änderungslisten

12 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die
Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kirschner, begrüßt die Anwesenden mit den besten Wünschen zum neuen Jahr und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kirschner stellt fest, dass der Finanzausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Danach kündigt er an, dass Herr Guthier (FBL 5) eine Mitteilung zum Bebauungsplan „Historische Brauerei“ als TOP 5.1 abgeben wird.

Herr Flüshöh (CDU-Fraktion) bittet aus terminlichen Gründen den TOP 11.2 „Gemeinsames Schreiben aller Fraktionen“ nach vorne zu ziehen. Herr Kirschner schlägt vor, den TOP unter Punkt 5.2 zu behandeln.

Unter den Ausschussmitgliedern herrscht Einvernehmen zur aktualisierten Tagesordnung.

3 Kenntnisnahme der Niederschriften der Sitzungen vom 6.11.2014 und 13.11.2014

Herr Kirschner stellt Kenntnisnahme der beiden Niederschriften fest.

4 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen

5.1 Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan "Historische Brauerei"

Herr Guthier (FBL 5) informiert zum Stand des städtebaulichen Vertrages „Historische Brauerei“. Eine Entwurfsfassung gemäß der Beschlussfassung der letzten Ratssitzung aus 2014 liege vor und wird nach Abstimmung mit dem Vertragspartner zur Sitzung des AUS am 10.02.2015 und den nachfolgenden Beratungsgremien als Beschlussvorlage eingebracht. Dies geschehe parallel zur Beschlussfassung zum Bebauungsplan Nr. 96 „Historische Brauerei“.

Anschließend informiert Herr Striebeck (FBL 2) zum Stand der Immobilienverkäufe. Der Verkaufserlös für das Gebäude „Haßlinghauser Straße“ sei diese Woche eingegangen. Mit dem Käufer der beiden ehemaligen Schulgebäude habe die Verwaltung morgen einen weiteren Kontakt, der Notartermin soll voraussichtlich bis Ende Januar 2015 erfolgen.

Herr Flüshöh (CDU-Fraktion) hinterfragt die Verzögerung in der Verkaufsabwicklung der ehemaligen Schulgebäude. Herr Striebeck (FBL2) teilt mit, dass die Verzögerung durch geschäftsbedingte Abwesenheiten der Vertragspartner zum Jahresende bedingt sei.

5.2 Gemeinsames Schreiben der Fraktionen CDU, DIE 017/2015 BÜRGER, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, FDP, SWG / BÜRGER FÜR SCHWELM vom 18.12.2015 zu den Haushaltsberatungen 2015

Herr Kirschner geht kurz auf das Gespräch bei der Bezirksregierung, an dem er selbst aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen konnte, ein und stellt die Ergebnisse dar, wie sie ihm übereinstimmend von der Verwaltung und seiner Fraktion zur Kenntnis gegeben wurden.

Danach sei der Haushaltsentwurf - aus Sicht der Bezirksregierung - grundsätzlich genehmigungsfähig.

Herr Schweinsberg unterstreicht den positiven Eindruck des Gesprächs und weist auf die Zeitschiene der Bezirksregierung und die möglichen Konsequenzen einer erneuten Ablehnung des Haushalts hin. Er fasst die getroffenen Vereinbarungen aus dem Gespräch zusammen und weist auf das Beratungsangebot der Bezirksregierung hin.

Herr Flüshöh (CDU-Fraktion) erläutert die verschiedenen Sichtweisen zur Genehmigungsfähigkeit eines Haushaltes aus Sicht der Bezirksregierung, der Verwaltung und aus Sicht der verantwortlichen Politiker vor Ort.

Den Haushaltsausgleich und die Gleichmäßigkeit des Ausgleichs als Rechtsprüfung der Bezirksregierung zur Genehmigung stelle er nicht in Abrede. Doch für die Politik sei daneben auch die Belastbarkeit der vorgelegten Zahlen auf lange Sicht ausschlaggebend.

Es schließt sich eine umfangreiche Diskussion an über Einsparungen durch die Organisationsuntersuchung der Firma PWC, mögliche Doppelansätze von Einsparpotentialen und die bisher erfolgten Umsetzungen. Hierzu stellt Herr Stobbe klar, dass die Grundlagen der Untersuchung von PWC und das Personalwirtschaftskonzept (PWK) der Stadt Schwelm nicht in allen Bereichen deckungsgleich seien. Grundlage für PWC sei damals eine zentralisierte Verwaltung gewesen und das Ergebnis stelle eine IST-Beschreibung dar. Verschiedene Erkenntnisse der Untersuchung seien der Verwaltung bereits in der Vergangenheit bewusst gewesen und im PWK abgebildet worden.

Die geplante Einsparsumme von 400.000,-- € aus der Orga sei damals noch nicht genau konkretisierbar gewesen, sie habe aber im Haushalt abgebildet werden müssen. Die Verwaltung habe die Summe deshalb zunächst - bis zur detaillierten Zuordnung - bei den Versorgungsaufwendungen angedockt. Über diese Zuordnung wurde die Politik informiert.

Bei den Personalkosten und der HSP- Maßnahme Organisation liege nach erneuter Überprüfung tatsächlich ein Doppelansatz in Höhe von 55.000 € vor, da diese Summe bereits in den Personalkosten abgezogen wurde. Die Einsparsumme werde entsprechend reduziert.

Herr Gießwein (Fraktion – BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) fragt nach den Einsparmöglichkeiten durch die zentrale Vergabestelle. Herr Schweinsberg erläutert die geplanten Einsparungen. Die Fachabteilungen sollen von diesen Aufgaben entlastet werden, eine Senkung der Überstunden sowie eine Beschleunigung und erhöhte Rechtssicherheit der Verfahren sollen damit verbunden sein.

Herr Lenz (CDU-Fraktion) erkundigt sich, ob alle PWC- Einsparungen auch im PWK abgebildet seien. Frau Heringhaus (FBL 1) verneint dies und stellt daraufhin nochmals den Aufbau des PWKs dar. Hier seien nur die planbaren Maßnahmen wie die natürliche Fluktuation enthalten. Ein Abgleich der Daten aus dem PWC Gutachten mit dem PWK und dem Stellenplan könne Auskunft zu geplanten und bereits vorgenommenen Einsparungen geben.

Herr Stobbe kündigt einen Stellenvergleich zwischen PWK und dem Gutachten von PWC für eine der nächsten Sitzungen an.

Frau Burbulla (Fraktion DIE BÜRGER) nennt als Gründe für die Ablehnung des Haushaltsentwurfs ihrer Fraktion das fehlende Vertrauen zwischen Verwaltung und Politik, welches auch im Gespräch in Arnsberg vom Regierungspräsidenten festgestellt worden sei. Sie meint, dass bislang noch nicht ausreichend nach neuen Denkansätzen gesucht worden sei. In die 5. Änderungsliste seien nur die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen eingearbeitet worden, aber keine Vorschläge aus der Politik.

Herr Stobbe stellt die Hintergründe und den aktuellen Sachstand zum Thema Kunstrasenplätze dar. Die Planung gestalte sich schwierig, da immer wieder neue Erkenntnisse zu berücksichtigen seien.

Die geplanten Verkaufserlöse der „Altplätze“ und des Sportplatzes an der Wilhelmshöhe könnten momentan nicht genau beziffert werden. Hierzu bedürfe es noch unter anderem der Beratungen im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) und im Liegenschaftsausschuss (LA). Bei den Kosten habe die Verwaltung sehr vorsichtig geplant, sie gehe momentan von Unterhaltungskosten von rund 70.000,-- € für beide Plätze aus. Eine Rücklage von 10.000,-- € (pro Jahr und Platz), d. h. insgesamt 20.000,-- € p.a. über eine Dauer von 12 Jahren sei bei den Vereinen kalkuliert.

Es schließt sich eine umfangreiche und intensive Diskussion an, in der Herr Schwunk (FDP-Fraktion) erklärt, dass ein Zuschuss von 10.000,-- € langfristig nicht ausreichen werde. Seiner Meinung nach stehe die Politik zu der Planung von 2 Kunstrasenplätzen und das Projekt sei tragbar. Dazu müsse der Zuschuss an die Vereine aber mindestens 70.000,-- € betragen. Anderenfalls könnten die Vereine die Belastung nicht tragen.

Seine Fraktion werde einen Änderungsantrag stellen, dass der Zuschuss an die Vereine mindestens 70.000,-- € pro Verein und Jahr betragen solle.

Herr Lenz , Herr Zeilert (beide CDU-Fraktion) und Herr Gießwein (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) bitten Herrn Stobbe um eine detaillierte Aufstellung zur

Finanzierung der Kunstrasenplätze. Die Vorlage mit belastbaren Zahlen solle den Fraktionen zur Beratung übersandt werden. Darin sollten sowohl die Betriebskosten pro Platz, die Ausstattung des Platzes einschließlich der Frage nach einem Vereinsheim und dessen Finanzierung und die dazu benötigten Verkaufserlöse aus den „Altplätzen“ und der Wilhelmshöhe aufgelistet werden. Ferner sollten auch die Einsparpotentiale aufgeführt werden.

Unter der Voraussetzung, dass eine Vermarktung der Plätze „Rote Berge“ und „Linderhausen“ momentan nicht darstellbar sei, sollten die weiterlaufenden Kosten für die „Altplätze“ ebenfalls beziffert werden.

Herr Stobbe sagt ein Schriftstück mit Berechnungen von 2 Varianten zu. Darin sollen einerseits der sofortige Kauf dargestellt werden mit allen finanziellen Auswirkungen und andererseits die Auswirkungen bei einem späteren Kauf.

Herr Lenz (CDU-Fraktion) fragt nach, ob es weitere Maßnahmen zum Haushaltsausgleich für eine 6. Änderungsliste gebe.

Herr Stobbe nimmt Stellung zum Vorschlag der Fraktion DIE BÜRGER, den Leerzug des Gebäudes Kaiserstraße 69 bereits im laufenden Jahr vorzunehmen. Die Umsetzbarkeit sei noch nicht ausreichend geklärt, aber aktuell aus Sicht der Verwaltung nicht möglich. Ein Grund ist unter anderem, dass für die Musikschule ein Gebäude gesucht werden müsse und hier gegebenenfalls Baumaßnahmen erforderlich werden könnten. Weiterhin habe die Volkshochschule einen Rechtsanspruch auf die Bereitstellung städtischer Räume. Frau Burbulla (Fraktion DIE BÜRGER) hinterfragt den Rechtsanspruch der VHS und warum dies erst jetzt bekannt werde, da der Leerzug schon länger geplant sei. Herr Stobbe verweist darauf, dass der Leerzug des Gebäudes Kaiserstr. 69 im Rahmen der Zentralisierung der Verwaltung im Gespräch gewesen sei und damals eine Unterbringung im Hause geplant war.

Herr Schweinsberg sichert den Fraktionen die 6. Änderungsliste bis Montag (19.01.2015) zu.

Anschließend stellt Herr Kirschner Kenntnisnahme zu TOP 5.2 fest.

**6 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln 263/2014
für den Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofes
(Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
gem. § 60 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW)**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2014 für den Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofes in Höhe von 52.974,43 € zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

7 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln 001/2015 für die Zahlung von Personalaufwendungen

Herr Lenz (CDU Fraktion) hinterfragt die Dringlichkeitsentscheidung und bittet um eine Stellungnahme, ob dies nicht bereits zur letzten Sitzung des Finanzausschusses in 2014 bekannt gewesen sei.

Frau Heringhaus (FBL 1) führt aus, dass die Abrechnung der Versorgungskasse im Dezember gekommen sei. Diese habe zu der Überschreitung geführt. Herr Schweinsberg ergänzt, dass die Einsparungen der Orga- Untersuchung mit 250.000 € für 2014 (vergleiche Ausführungen zu TOP 5.2 Orga- Untersuchung f. 2015) hier angedockt worden seien. Dadurch seien die verfügbaren Mittel bereits verausgabt gewesen.

Anschließend lässt Herr Kirschner über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2014 für die Auszahlung von Gehältern an tariflich Beschäftigte und von Beihilfen an Beamte in Höhe von 235.000 € zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

8 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln 001/2015/1 für die Zahlung von Personalaufwendungen - Begründung

Die Sitzungsvorlage 001/2015/1 stellt die Begründung zu den überplanmäßigen Ausgaben der SV 001/2015 dar.

Herr Kirschner stellt Kenntnisnahme fest.

9 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln 004/2015 für die Zahlung von Beihilfen

Herr Kirschner lässt über die Sitzungsvorlage 004/2015 abstimmen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW zur Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2014 für die Auszahlung von Beihilfen an Beamte in Höhe von 45.000 € zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

10 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)

10.1 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der 019/2015 Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Änderungssatzung)

Herr Schweinsberg erläutert die Hintergründe für die Steuersatzung und führt aus, dass bei der Ablehnung des Haushaltes die alten Steuersätze gelten, aber bis 30.06.2015 rückwirkend zum 01.01. d.J. eine Änderung der Steuersatzung in Kraft gesetzt werden könne.

Herr Lenz (CDU Fraktion) beantragt die Vertagung der Entscheidung zur SV 019/2015 in den Rat am 22.01.2015.

Vertagungsantrag zur Ratssitzung am 22.01.2015

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	

11 Haushaltssanierungsplan

11.1 5. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2015 016/2015

Herr Schweinsberg kündigt an, dass die 6. Änderungsliste erstellt werde. In diese sollen die bereits im Vorfeld angekündigten Arbeitsaufträge einfließen.
Herr Kirschner stellt Kenntnisnahme der SV 016/2015 fest.

11.2 Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung, des Sanierungsplanentwurfs mit Fortschreibung des Personalwirtschaftskonzeptes und des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2015 einschließlich Änderungslisten

Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

12 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Frau Gießwein (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) spricht einen Artikel in der WAP vom Wochenende an, nachdem in der Gustav-Heinemann-Schule über Nacht das Licht gebrannt habe. Die Verwaltung teilt mit, dass es sich um eine Vereinsveranstaltung in der Turnhalle gehandelt habe und versehentlich das Licht

nicht ausgemacht worden sei. Dies sei erst am nächsten Tag von der Putzfrau bemerkt worden.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 11 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 23.01.2015	Protokollführerin gez. Bach	Vorsitzender gez. Kirschner
-------------------------	------------------------------------	------------------------------------